

# turbine

Mitteilungsblatt der DKP für VOITH-Beschäftigte

TURBINE Ausgabe Nr. 05

Oktober 2006

Jahrgang 35

## Nicht kleckern, sondern klotzen! Widerstand gegen den Sozialkahlschlag Arbeiter, Angestellte, Schüler und Rentner, Frauen und Männer zur Großdemo am 21. Oktober nach Stuttgart

Bei den Demonstrationen der DGB-Gewerkschaften sind alle aufgerufen, die von den regierenden Parteien seit Jahren immer weiter in soziale Not, zu Lohnabbau, Arbeits- und Wohnungslosigkeit getrieben werden, sich an der Demonstration in Stuttgart zu beteiligen. Alle die noch berufstätig sind, in Betrieben, Verwaltungen und öffentlichen Einrichtungen beteiligen sich ebenso an den Demonstrationen des DGB in Stuttgart. Die Demonstrationen im Oktober 2006 dürfen danach nicht wie 2004 versanden. Die Demonstrationen jetzt müssen sich

zum nachhaltigen Protest über den Tag hinaus entwickeln. Dazu sind die Gewerkschaften ih-

rem Selbstverständnis wegen verpflichtet. Wie steht es denn in der IGM-Satzung und in den Beschlüssen der Gewerkschaftstage? Die IG-Metall setzt sich für die Sicherung und den Ausbau des sozialen Rechtsstaates ein. Sie ist für die weitere Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung. Mit diesen Satzungsgrundsätzen ist die IG-Metall nachhaltig zum Protest und zum Widerstand gegen den Sozial- und Demokratieabbau verpflichtet.

**Wir sehen uns in Stuttgart**



**Mobilisieren wir für einen Politikwechsel. Zu einem Politikwechsel gehören u.a.**

Weg mit Hartz IV. Rücknahme aller Regelungen, mit denen soziale und demokratische Rechte abgebaut und die sozialen Risiken privatisiert worden sind. Die sozialen Sicherungssysteme sind so auszubauen, dass sie bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und im Alter vor Armut schützen.

Rücknahme aller Maßnahmen, mit denen die Unternehmen und die Reichen steuerlich entlastet worden sind. Durchsetzung einer Steuerreform, die Konzerne, Banken und die Superreichen zur

(Fortsetzung auf Seite 2)

# KollegInnen zur Erinnerung!

## Paragraf 116 SGB III (AfG) 1986

Wie sich sicherlich viele von Euch, insbesondere ältere Kolleginnen und Kollegen, erinnern können, wurde der Paragraf 116 SGB III 1986 dahingehend geändert, dass es bei Streiks mit Fernwirkung dazu kam, dass von "kalter Aussperrung" betroffene Kolleginnen und Kollegen kein Anrecht mehr auf Kurzarbeitergeld seitens des Arbeitsamtes (der Arbeitsagentur) haben.

Dies hat die Kampfkraft der IG Metall im Konflikt konkret geschwächt, weil sie nun andauernd die Fernwirkung eines Streiks mit zu bedenken hatte. Ein Streik war mit dieser damaligen Gesetzesänderung wegen der möglichen finanziellen Ausblutung der Gewerkschaft, mit enormen finanziellen Risiken belastet.

Aber nicht nur die IG Metall war betroffen! Erst jetzt beim Streik der Ärzte gab es einzelne Abteilungen von Kliniken, in denen das Pflegepersonal kalt, das heißt, ohne finanzielle Unterstützung, „ausgesperrt“ wurde.

Die Gewerkschaften hofften damals und bis heute auf die Unterstützung der SPD, um diesen Schandparagrafen in seine alte Fassung zurück zu

versetzen. Vergeblich!

Die Linke im Bundestag brachte diese gewerkschaftliche Forderung neu in den Bundestag ein. Am 29.06.2006 kam es zum Schwur.

### Sozialpartnerschaft ist, ...



**...wenn man Gewerkschaftsfunktionäre und Unternehmer nicht mehr unterscheiden kann.**

Zu erwarten war, dass sich CDU/CSU, FDP und Grüne gegen eine Verbesserung der gewerkschaftlichen Kampfkraft ausgesprochen

haben. Aber auch die Sozialdemokraten, die sich ansonsten selbst an der Seite der Gewerkschaften sehen, ließen sie im Regen stehen. Nichts, aber schon gar nichts war von dem selbstgerechten Anspruch der SPD zu verspüren. Mit 200 Nein-Stimmen stellten sie sich an die Seite von CDU/CSU, FDP und Grüne. Auch der ehemalige IGM-Bezirksleiter Walter Riester, berühmt geworden mit der Preisgabe der paritätischen Rentenversicherung, hatte sich vorbehaltlos auf die Seite der Unternehmerverbände und ihrer parlamentarischen Lobbyisten gestellt. Auch die ehemaligen IGM-Mitglieder der Bezirksleitung Ute Kumpf und Jörg Tausz stimmten gegen die Streikerleichterungen ihrer Gewerkschaft. Lediglich Ottmar Schreiner wagte es, sich wenigstens zu enthalten.

Als in dieser Gewerkschaftssache zuverlässig erwiesen sich die Mitglieder der Partei Die LINKE im Bundestag. Alle 52 anwesenden Mitglieder stimmten mit „Ja“ und somit für die Verbesserung der gewerkschaftlichen Streikbedingungen.

Die weitere Frage und Diskussion, wer wohl den Gewerkschaften und ihren Zielen im Bundestag am nächsten steht, dürfte mit dieser Information leicht zu beantworten sein.



**8euro-**  
**mindestlohn.de**  
Für einen gesetzlich  
garantierten Mindestlohn.

## Mindestlohn für alle!

wäre zweifellos eine Errungenschaft. Er wäre aber auch ökonomisch vernünftig, da die Leute mehr Geld in der Tasche hätten, mehr ausgaben und damit die Binnennachfrage stärken würden.

Ein Mindestlohn für alle wäre sozial und gerecht, er

So denken wir.

Nicht so die Kapitalknechte, denen jeder Lohn zu hoch ist und die jeden Lohn des Profits willen drücken wollen. Rainer Brüderle von der FDP erklärte: „Jeder Mindestlohn ist maximaler Unsinn“ und meinte, in Kuba verabschiedete sich der Sozialismus langsam, „in Deutschland hält er Schritt für Schritt Einzug.“  
Schön wär's!



(Fortsetzung von Seite 1)

Finanzierung der öffentlichen Aufgaben heranzieht.

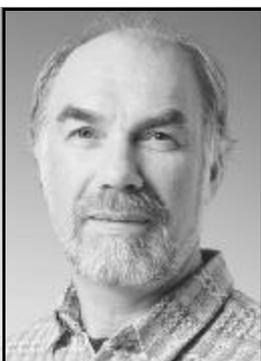
Gesetzliches Verbot von Entlassungen, Betriebsschließungen und Betriebsverlagerungen, die zum Zwecke der Profitmaximierung vorgenommen werden. Wirksame Mitbestimmung von Betriebsräten und Gewerkschaften über Investitionen und Standortentscheidungen.

Verkürzung der Arbeitszeit. Senkung des Rentenalters.

Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes zum Schutz vor Armutslöhnen und Lohndumping.

Ausbildungsplätze für alle Jugendlichen. Wer nicht ausbildet muss zahlen!

Keine neuen Rüstungsprojekte. Senkung der Rüstungsausgaben und Verwendung der frei werdenden Mittel für soziale Zwecke und zur Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen.



**DKP Stadtrat  
Reinhard Püschel**

# „Forum Linke Kommunalpolitik in Baden-Württemberg e.V.“

Am 16.09.2006 fand in Stuttgarter DGB-Haus die Gründungsver-sammlung „Forum Linke Kommunalpolitik in Baden-Württemberg e.V.“ statt. Ziel und Aufgabe soll dabei sein, durch ein breitgefächertes Bildungsangebot und gezielten Erfahrungsaustausch gewählte und künftige Mandatsträger in ihrer Tätigkeit zu unterstützen. Auch Bürgerinitiativen sollen davon profitieren können. Gerade mit Blick auf die Gemeinderatswahlen 2009 sollen interessierte Bürgerinnen und Bürger ermuntert werden, bei Wahlen auf kommunaler Ebene zu

kandidieren und um sich mit der der außerparlamentarischen Arbeit zu qualifizieren.

Die Gründungsteilnehmer, darunter Stadt- und Kreisräte aus Freiburg, Tübingen Konstanz, Heidenheim, Waiblingen, Mannheim und Stuttgart beschlossen eine Satzung und wählten einen neben dem dreiköpfigen Vorstand elf Beisitzer, mit dem Ziel, linke und fortschrittliche Kräfte aus den Regionen zusammenzuführen. Aus Heidenheim gehört als einer der Beisitzer, DKP Stadtrat Reinhard Püschel, dem Vorstand mit an.



**„Im Raffke-Land Deutschland,  
den Raffkes Grenzen setzen!“  
8,- € gesetzlichen Mindestlohn**

## Streitschlichter und Beschwerdebüros DKP Stadtrat Püschel bei GBH Geschäftsführer Bäurle

In die Räume der Grundstücks- u. Baugesellschaft (GBH) wurde DKP Stadtrat R. Püschel von Herrn C. Bäurle, dem GBH-Geschäftsführer zu einer Aussprache eingeladen. Gründe dieser Zusammenkunft waren der am 15.März 2006 veranlasste „Rausschmiss“ von Stadtrat Püschel aus einer Mieterversammlung der GBH in der Oststadt und verschiedene Schreiben des Stadtrats, der sich namens verschiedener Mieter über bauliche Missstände von Mietwohnungen in verschiedenen Wohngebieten beschwerte. Damit Mieter unmittelbar ihre Beschwerden an den Mann bringen können, schlug Püschel Beschwerdebüros in den Wohngebieten vor. Bäurle von der

GBH fand den Vorschlag überlegenwert und schlug seinerseits vor, über Streitschlichter nachzudenken, die helfen sollen, Streitigkeiten zwischen den Mietern zu schlichten. Beide verständigten sich, dass zu diesem Thema auch der Kreismieterverein hinzugezogen werden sollte. Die DKP Mieter-Aktionen wolle er nicht Grundsätzliche ablehnen. Sie zeigten, so GBH-Bäurle, dass an der DKP-Kritik einiges an Wahrem daran sei, so z.B. dass sich die Mieter bei Problemen von der GBH alleingelassen fühlten. Die GBH müsse die Mieter als ernstzunehmende Kunden betrachten. Der Leerstand von Wohnungen und der Trend, dass Mieter im pri-

vaten Mietsektor Wohnungen suchen, stelle die GBH vor eine neue Situation. Unzufriedene Mieter, so Bäurle, und teure, weil unbezahlbare Mietpreise, nütze der GBH nichts. Püschel vertrat die Ansicht, dass das Wohnen ein unteilbares Menschenrecht sei. Eine Wohn- und Mietpolitik kann also nicht nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt werden. Die GBH-Aktionäre hingegen wollen Gewinne sehen. Das stehe aber einer sozialen Mietpolitik im Wege. Dem stimmte C. Bäurle nicht zu und lobte dagegen die Mietpolitik der GBH.

C. Bäurle (GBH) schlug vor, weiter miteinander zu reden.



## Immer mehr Frauen leben obdachlos auf der Straße

In Baden-Württemberg gibt es immer mehr Obdachlose. Nach Angaben der Diakonie Württemberg ist die Zahl der Obdachlosen in den vergangenen zehn Jahren um die Hälfte gestiegen. Bei Frauen habe sie sogar um das Dreifache zugenommen. (Quelle: dpa) Im vergangenen Jahr hätten in Baden-Württemberg rund 21.000 Menschen kein eigenes Dach über dem

Kopf gehabt, sagte Frieder Claus von der Diakonie Württemberg in Stuttgart. Als wesentliche Ursachen nannte er den Verlust der Arbeit, Abbau der Wohnbauförderung und weniger Wohngeld für Arbeitslose nach Hartz IV.

Claus verwies darauf, dass die Wohnbauförderung  
(Fortsetzung auf Seite 4)

(Fortsetzung von Seite 3)

gegenwärtig nur noch etwa zehn Prozent dessen betrage, was die öffentliche Hand Anfang der 80er Jahre aufgewendet habe. Darunter zu leiden hätten vor allem Hartz IV-Bezieher. Viele von ihnen müssten sich preiswertere Wohnungen suchen. "Wer nichts Günstiges findet, der bekommt die Miete nicht mehr ausreichend bezahlt", kritisiert Claus. In einzelnen Regionen hätten deshalb Zwangsräumungen deutlich zugenommen. Mehr jüngere Menschen werden obdachlos.

Zugenommen habe auch die Zahl von jungen Arbeitslosen, die auf der Straße leben. "Für junge Leute

unter 25 Jahren werden keine Kosten für die Wohnung übernommen, wenn sie ohne besonderen Grund zu Hause ausziehen", bemängelt Claus. Den beträchtlichen Anstieg der Zahl obdachloser Frauen erklärte er unter anderem mit wachsender Armut bei Alleinerziehenden. Andererseits seien viele Frauen in der Statistik nicht aufgetaucht. "Wir wussten, dass es bei Frauen eine enorme Dunkelziffer gibt", berichtete er. Sie hätten ab und zu bei Männern Unterschlupf "unter Einsatz ihrer Arbeitskraft oder ihres Körpers" gefunden. Das passiere heute aber immer weniger, weil die Armut allerorten wachse.



## Vermischtes / Internationales / Meldungen / Infos

### Nazis führten Vertriebene

Mindestens jeder dritte hochrangige Funktionär der Vertriebenenverbände (»über ein Drittel«) in den ersten drei Jahrzehnten ihrer Tätigkeit war NSDAP-Mitglied, Nazi oder gar SS-Führer, darunter mehrere Vizepräsidenten und Generalsekretäre. Das geht aus einer Veröffentlichung des Nachrichtenmagazins »Der Spiegel« hervor.

### Anstieg rechter Straftaten

Im Monat Mai ist die Zahl der rechtsextremen und rassistischen Straftaten nach Auskunft der Bundesregierung gegenüber dem Vormonat von 814 auf 1.177 erneut gestiegen. Darunter fallen 88 Gewalttaten.

Von Januar bis Ende April wurden bundesweit 3.489 Straftaten von Neonazis und Rassisten registriert. Das sind über 400 mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Zahlen ergeben sich aus den Antworten der Bundesregierung auf Anfragen der Linksfraktion.

### Gewalt gegen Nazigegner

Neonazis greifen zunehmend die regierungspolitik-offiziellen Darstellungen von angeblichem »Linksextremismus« und die oft pauschale Diffamierung von Nazigegnern als »Linksextremisten« auf, um ihrerseits Aktionen gegen Nazigegner und Linke zu propagieren und durchzuführen.

Im sächsischen Rosswein rief die NPD-Jugendorganisation zu einer Demonstration unter dem Motto »Linke Gewalt ächten!« auf. Auf der Homepage der NPD-Jugend wurde von Vorbereitungen für eine »Kampagne gegen Linksextremismus« berichtet. Nach Auskunft des Bundeskriminalamtes gab es im vergangenen Jahr 316 Gewalttaten »gegen Linksextremisten«, wie behördlicherseits die Gewalttaten von Neonazis gegen Nazigegner genannt werden.

### Teure Marine

Der Bundestag hat der Marine den Einsatzbefehl mit Abschussoption zum Auslaufen in Richtung Libanon erteilt. Das Großmachtgehabe der Berliner Regierung soll allein im ersten Jahr rund 200 Millionen Euro kosten. Gedacht ist ein Einsatz, der Jahre, wenn nicht Jahrzehnte dauern wird. Ebenfalls soll der Haushaltsausschuss dem Kauf von weiteren U-Booten zustimmen. Kosten für die tauchenden Särge: 864 Millionen Euro. (**Anmerkung:** Nicht Kanonen, sondern Butter wollen wir. Oder: Keine Kriegseinsätze in aller Welt, sondern eine menschenwürdige Sozial- und Bildungspolitik im Land.)



**Sozial is' muss!**  
**Profite besteuern**  
**statt Arme schröpfen!**

### Kopfprämie

Zu den Hartz-Blüten gehören die Vermittlungsgutscheine für Arbeitslose. Private Dienstleister sollen Arbeitsuchende in Jobs vermitteln und können dafür eine Kopfprämie von bis zu 2.000,- Euro kassieren. Im Jahre 2002 hatte der Bundesrechnungshof festgestellt, dass die Regelung regelrecht zum Betrug einlädt und jede dritte Vermittlung nur vorgetäuscht war. Jetzt hat der Bundesrechnungshof einen erneuten Prüfbericht vorgelegt. Das Urteil ist vernichtend. Kaum ein Arbeitsloser hat durch die privaten Vermittler einen Arbeitsplatz bekommen. Die wenigen Vermittlungen endeten meistens bei Zeitarbeitsfirmen. Im Durchschnitt bestanden die Arbeitsverhältnisse lediglich sieben Monate. Der Bundesrechnungshof empfiehlt, die Gutscheinregelung Ende 2006 nicht zu verlängern. (**Anmerkung:** Gibt es keinen Staatsanwalt, der diese Raffkes hinter Gitter bringt?)



**UZ unsere zeit**

die Zeitung der DKP für Arbeiter und Angestellte  
erhaltet Ihr in den Bussen und  
auf der Demo in Stuttgart